

FREIHEIT

Auflage: 50 000

Herausgegeben von der Scientology Kirche

Sag NEIN zu Drogen: 13 000 Besucher bei Scientology-Ausstellung in Hamburg



Ein Leben ohne Drogen ist das eindeutig bessere Leben. Mit dieser Botschaft wurden auch im Umfeld der Ausstellung Anti-Drogen-Demos, Konzerte und andere Events abgehalten.

Rund 13 000 Besucher strömten in der zweiten Juni-Hälfte in die neu eröffnete Scientology-Ausstellung an den Alsterarkaden in Hamburg, nur einen Steinwurf vom Rathaus entfernt. Die meisten von ihnen kamen, um mehr über ein Thema zu erfahren, das seit langem in der Diskussion steht, oder auch nur aus reiner Neugier. Die Veranstaltung unter dem Motto „Sag NEIN zu Drogen – Sag JA zum Leben“ vermittelte dem interessierten Betrachter ein umfassendes Bild über Grundzüge der Scientology-Lehre sowie die Ziele und Arbeit der Kirche. Darüber hinaus informierte sie

umfänglich über die zahlreichen Sozialprogramme und -projekte, an denen Scientologen maßgeblich mitwirken. Neben Hamburg war die Ausstellung im Laufe des Jahres 2001 auch in London, Mailand, Paris, Stuttgart und München zu sehen, wo sie bei rund 100 000 Besuchern großen Anklang fand.

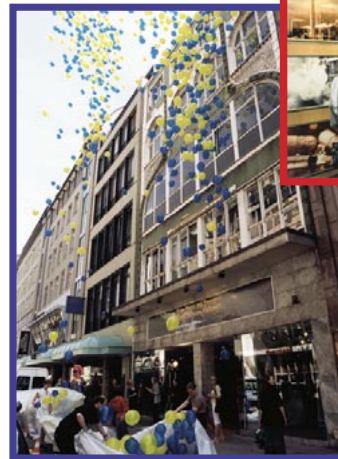
„Drogen sind das zerstörerischste Element in der Gesellschaft“, schrieb L. Ron Hubbard, der Gründer der Scientology-Religion, bereits in den 60er Jahren des letzten Jahrhunderts. Der Beweis für die Wahrheit dieser Aussage lag in der Hansestadt gewis-

sermaßen vor der Tür. Die größte offene Drogenszene Europas ist nicht etwa in Amsterdam beheimatet, sondern in Hamburg, das sich im Kielwasser der Drogenschwemme zur einsamen deutschen Hochburg des Verbrechens entwickelt hat (etwa doppelt so

am Hauptbahnhof ankommende Besucher ist schockiert über den Drogenhandel auf offener Straße und über Süchtige, die nahezu in jedem Hauseingang kauern oder

und hat Hunderttausenden von Menschen geholfen, von Drogen wegzukommen. Hierunter fällt auch die Rehabilitation von bisher mehr als 15 000 teilweise

Schwerstabhängigen durch das Selbsthilfeprogramm NARCONON (etwa „keine Drogen“). Dieses Programm basiert auf den Entdeckungen und Methoden L. Ron Hub-



Feierliche Eröffnung an den Alsterarkaden. Die Ausstellung zog sich über eine Fläche von 800 m² auf zwei Stockwerken.

viele Straftaten pro 100 000 Einwohner wie in München).

Diese traurigen Fakten sind das Resultat einer vollkommen gescheiterten Drogen-Politik. Der



150 Foto-Stellwände vermittelten dem Betrachter einen grundlegenden Überblick über wichtige Aspekte von Scientology.

apathisch auf den Straßen leben.

Ein Schwerpunkt der diesjährigen Ausstellung lag in der Vorstellung der von L. Ron Hubbard entwickelten und von der Scientology Kirche und ihren Mitgliedern geförderten Methoden zur Drogenprävention und -rehabilitation. Die Scientology Kirche ist seit über 30 Jahren weltweit im Bereich der Drogenaufklärung tätig



bards, der in erster Linie als Gründer der Scientology-Religion bekannt wurde. Die Selbsthilfegruppe NARCONON wird von Scientologen unterstützt, weil sie Ergebnisse erzielt. NARCONON erfreut sich seit seiner Gründung im Jahre 1966 einer steigenden Nachfrage und ist seit dieser Zeit auf 106 Zentren in 31 Ländern angewachsen. Allein in der ersten Hälfte des Jahres 2001 wurden dort 766 Abhängige rehabilitiert.

Zur Eröffnung der Ausstellung sprach einer, der selbst durch die Hölle der Rauschgiftsucht gegangen war: Bosse Persson hatte vor 25 Jahren das Programm von

Fortsetzung auf Seite 2 oben

Caberta verweigert Aussage

Büroleiterin will gegen sie gerichtetes Strafverfahren nicht ausweiten

(Hamburg) Neben Korruptionsvorwürfen muss sich Ursula Caberta, Leiterin der Hamburger „Arbeitsgruppe Scientology“, seit rund einem Jahr auch mit der Schadensersatzklage eines Scientologen auseinandersetzen.

Der in Amerika lebende Deutsche Hubert Heller, ein Computerspezialist, hatte Ursula Caberta vor dem United States District Court in Tampa im US-Bundesstaat Florida auf Schadensersatz in Höhe von mindestens 75.000 US Dollar verklagt.

Heller ist ein Opfer des berüchtigten „Sektenfilters“ (siehe Kasten Seite 5, „Skandalchronik...“), den Ursula Caberta an

einen seiner deutschen Geschäftspartner weitergeben ließ. Mit Betreten US-amerikanischen



Hat sie oder hat sie nicht? Ursula Caberta steht weiterhin unter Korruptionsverdacht.

Bodens letztes Jahr hatte sich Caberta der US-Gerichtsbarkeit unterzogen, währte sich aber unter dem Schutz des Federal Sovereign Immunities Act, eines Immunitätsgesetzes, das sie für sich als Angestellte des Hamburger Innensekretariats glaubt in Anspruch nehmen zu können. Die Gewährung dieser Form politischer Immunität unterliegt jedoch einer wesentlichen Einschränkung: Sie kann nach amerikanischem Recht nicht beansprucht werden, wenn das je-

weilige Handeln von illegalen oder finanziellen Interessen getrieben war – und genau das behauptet der Kläger in diesem Fall.

Das zuständige US-Gericht jedenfalls ordnete die eidliche Einvernahme Cabertas im Hamburger US-Generalkonsulat an – ein Novum, für das es bislang keinen vergleichbaren Fall gibt.

Wie kam es dazu? Caberta war im Juli letzten Jahres in Florida, um vor Ort die Anti-Scientology-Aktivitäten des US-Millionärs Robert Minton zu unterstützen, also des Mannes, der unter Verdacht steht, Caberta mit einer bisher von ihm nicht bestrittenen Summe von mehr als 100.000 Mark bestochen zu haben. Die Staatsanwaltschaft Hamburg er-

mittelt in diesem Zusammenhang sowohl gegen Minton als auch gegen Caberta, die sich seit Aufdeckung des Skandals auf den Standpunkt stellt, die Zahlung Mintons sei „privat“ gewesen. Bisher aber ist noch kein korrupter Beamter bekannt geworden, der Bestechungsgelder nicht „privat“ eingesteckt hätte.

Vor diesem Hintergrund forderte das US-Gericht die Einvernahme Cabertas, um mehr Details über das Minton-„Darlehen“ zu erfahren – zur Klärung eben jener Immunitätsfrage, auf die sich Caberta im Heller-Schadensersatzverfahren beruft.

Die sonst so mitteilungsfreudige Senatsangestellte wehrte sich mit Händen und Füßen. Noch

Fortsetzung auf Seite 2 unten

Fortsetzung von Seite 1 oben: NARCONON absolviert. Seither kämpft er auf der ganzen Welt gegen Drogenkonsum und ruft in allen Erdteilen Rehabilitationsgruppen ins Leben.

Über 400 Entscheidungsträger

Die Besucher kamen aus allen gesellschaftlichen Bereichen. Unter

DIANETIK-Buch schon vor Jahren gekauft habe, es nun aber tatsächlich lesen werde. DIANETIK, eines der wichtigsten und weltweit bekanntesten Bücher L. Ron Hubbards gehört auch heute noch zu den grundlegenden Werken der Scientology-Religion.

Ein hochrangiger Besucher aus dem afrikanischen Staat Nigeria interessierte sich dagegen beson-

zielt wurden. Die von L. Ron Hubbard entwickelte Studiermethode wird weltweit in Schulen und bei Bildungsprojekten eingesetzt.

Stellvertretend für viele der Besucher steht die Reaktion eines Funktionärs des Roten Kreuzes, der seinen Sohn durch Drogen verloren hatte. Er sprach seine Anerkennung für die Ausstellung aus und meinte, er würde alles tun, um einzelne Leute oder



Auf großes Interesse stieß das so genannte E-Meter, ein von Scientology-Geistlichen bei der Seelsorge verwendetes Gerät.

Organisationen zu unterstützen, die wirklich etwas gegen das Drogenproblem unternehmen.

In eine ganz ähnliche Richtung gingen auch inoffizielle Reaktionen von Behördenvertretern: Wer effektiv dabei helfen kann, das Drogenproblem zu lösen, dem sollten die Türen geöffnet werden, ganz gleich welcher Konfession er angehört.

Und Scientologen können nachweislich etwas bewirken, wenn es um Lösungen zur gesellschaftlichen Drogenproblematik geht.

Die Scientology-Ausstellungen werden Ende des Jahres erneut in Deutschland zu sehen sein. Für mehr Informationen erkundigen Sie sich bei der Scientology Kirche Deutschland, Sabine Weber, unter 089 / 27 81 77 32. ♦



ihnen waren rund 400 Entscheidungsträger aus Kunst, Politik und Wirtschaft. Sichtlich beeindruckt gab beispielsweise ein Politiker aus Niedersachsen zu, dass er das

ers für die so genannte Studier-technologie, nachdem er die großen Fortschritte gesehen hatte, die in seinem Nachbarland Ghana mit diesen Lernmethoden er-

Fortsetzung von Seite 1 unten: zwei Tage vor der geplanten Einvernahme musste ein US-Gericht in Tampa zum dritten (!) Mal einen Antrag eines Anwalts der Hamburger Senatsangestellten ablehnen, in dem dieser den Termin im US-Generalkonsulat verschieben lassen wollte. Am 26.7.2001 schließlich erschien Ursula Caberta dann doch zur eidlichen Vernehmung, in Begleitung eines US-Anwalts und ihres Stellvertreters Hintze.

Verärgert und durcheinander verlies sie immer wieder den Ort des Geschehens und musste von ihrem Anwalt wiederholt dazu bewegen werden, die Einvernahme bis zum Ende fortzusetzen.

Keinesfalls überraschend: Caberta verweigerte die Antwort auf alle Fragen zu Details ihrer finanziellen Beziehung mit Robert Minton. Zur Begründung führte sie deutsches Recht an: Gegen sie sei ein Strafverfahren anhängig und sie wolle hier nicht die Möglichkeit einer Ausweitung dieses Verfahrens eröffnen. Darüber hinaus zog sie sich auch auf die nach deutschem Recht für Staatsbedienstete übliche behördliche Genehmigung zur „eingeschränkten Zeugenaussage“ zurück.

Im Gegensatz zum deutschen Prozessrecht erlaubt US-Recht aber die uneingeschränkte Erforschung und Klärung eines Sachverhalts, vor allem bei Leuten, die etwas zu verbergen haben. Und die Einvernahme wurde nach amerikanischem Recht und auf amerikanischem Boden geführt.

Kein Wunder also, dass der US-Anwalt der Gegenpartei wenig Wert auf Cabertas Selbsterhaltungstrieb legte und schlichtweg die ganze Wahrheit hören wollte – die er nicht zu hören bekam. Er kündigte am Schluss der Einvernahme eine gerichtliche Erzwingung der ausstehenden Antworten an sowie eine Fortsetzung der eidlichen Einvernahme vor dem US-Bundesgericht in Florida.

In jedem Fall kann das US-Bundesgericht Cabertas Aussageverhalten zu ihren Ungunsten

auslegen und ihr die beanspruchte Immunität selbst als deutsche Staatsbedienstete verwehren.

Der Anwalt des Klägers will auch eine Sanktion gegen Ursula Caberta in Höhe von rund 50.000 Mark beantragen – wegen ihrer Aussageverweigerung, die einer Missachtung der hier zuständigen amerikanischen Gerichtsbarkeit gleichkommt.

Ob Caberta allerdings mit Geldstrafen beeindruckt werden kann, ist im Lichte neuer Erkenntnisse mehr als fraglich: Während ihrer Vernehmung kam nämlich auch heraus, dass ihre



gesamten US-Anwaltskosten von der Stadt Hamburg getragen werden – und somit vom Steuerzahler.

Offen bleibt die Frage, ob die Stadt auch hohe Schadenersatzansprüche von Caberta-Opfern begleichen wird, sobald ein Gericht dem Anspruch stattgibt. Letzteres liegt durchaus im Bereich des Möglichen. Bei Fragen der Diskriminierung spaßen die Amerikaner bekanntlich nicht, haben sie doch aus ihrer Vergangenheit der Rassendiskriminierung und der McCarthy-Ära gelernt.

Im Umfeld des Caberta-Büros steht dieser Lernprozess offenbar noch aus. Die grundlegende Frage bleibt: Ist Cabertas ungesetzliche Kampagne gegen Scientology durch ihre eigene religiöse Intoleranz und ihre Publicitysucht motiviert oder durch die heimlich gezahlten Gelder des Amerikaners Minton? ♦

DER KOMPLIZE

Der international tätige Finanzhai Robert Minton hat bisher nicht bestritten, dass er der Hamburger Innensensangestellten Ursula Caberta ein „Darlehen“ von mehr als 100.000 Mark zukommen ließ. Minton, gegen den in dieser Angelegenheit ein Strafverfahren wegen des Verdachts der Bestechung läuft (FREIHEIT berichtete), sieht sich aber ganz anderen Problemen gegenüber, nachdem jede Woche weitere Einzelheiten seiner angeblichen gigantischen Gaunereien bekannt werden.

Intensive Nachforschungen der FREIHEIT enthüllen ein zunehmend klareres Bild davon, wie der Caberta-Freund mit seinem eigens dafür installierten Firmengeflecht einen zweifelhaften „Schuldenrückkauf“ in Milliardenhöhe für die frühere Militärdiktatur in Nigeria organisierte – und dabei nach eigenem Eingeständnis selbst rund 100 Millionen Mark absahnte.

Die Millionen-Beute ist aber nicht unproblematisch, ging sie doch ganz offenbar zu Lasten eines der ärmsten Länder Afrikas. „Bob“ Minton, den die Innensensangestellte Caberta sogar mit einem „Menschenrechtspreis“ auszeichnete, war wesentlich oder unwissentlich Komplize des früheren Militärdiktators Babangida. Babangida stahl seinem Land gigantische Summen – mit Hilfe von Minton, wie die heutige Republik Nigeria auch in einer Strafanzeige gegen Minton behauptet. Eine Strafanzeige, von der Minton behauptet, dass sie nicht existiere, obwohl sie offiziell in Genf eingereicht worden ist und auch im Internet eine englische Übersetzung davon existiert. Laut einem Weltbank-Bericht wurden Milliarden „verlorener“ Gelder auf den Auslandsprivatkonten früherer nigerianischer Militärherrscher oder ihrer Angehörigen gefunden, wobei Babangida ganz oben auf der Liste steht.

Die Geldwaschanlage

Wie lässt man Milliarden verschwinden? Dazu braucht man ein Netz aus Scheinfirmen und fingierten Überweisungen und natürlich Erfahrung in der internationalen Finanzwelt. Minton war zweifelsohne der richtige Mann, als er Ende der achtziger Jahre für die nigerianischen Militärmachthaber eine riesige Geldwaschanlage einrichtete. Wobei Minton jedoch behauptet, es hätte sich allein um legitime Geschäftstransaktionen gehandelt.

Die Zentralbank von Nigeria überwiegt Minton 1,111 Milliarden Dollar, damit dieser in ihrem Namen Auslandsschulden aufkaufen konnte. Eine weitere halbe Milliarde erhielt der Amerikaner von der „Nationalen Petroleum Gesellschaft“. Nach Mintons eigenen Erklärungen gegenüber der Presse gaukelte er im Auftrag von Nigeria zwischen 1988 und 1993 den Gläubigern – zumeist Großbanken – vor, dass die Käufer der Schuldverschreibungen private Finanzmakler seien. Eine glatte Unwahrheit. Denn in Wirklichkeit war Nigeria selbst der Auftraggeber und Käufer. Auf diese Weise wurden die Gläubiger um Millionen von Dollar geschädigt, Nigeria hätte nämlich gar keine Vergleichsverhand-

lungen mit einzelnen Verkäufern führen dürfen. Dieses Täuschungsmanöver nimmt sich verglichen mit dem Restpotential der Operation jedoch eher harmlos aus.

Obwohl Minton zu Beginn der gesamten Aktion bereits das Geld für den „Rückkauf“ in Höhe von ca. 1,2 Milliarden Dollar erhalten hatte, stellte er nach ein paar Jahren, im Januar 1992, „seinen finanziellen Gesamtaufwand“ nochmals mit 1,2 Milliarden Dollar in Rechnung. Die nigerianische Nationalbank überwies den Betrag anstandslos, um ihre Schuldverschreibungen ein zweites Mal zurückzukaufen.

Mit dieser Doppelzahlung wurden nicht nur 1,2 Milliarden Dollar „legal“ ins Ausland geschafft, sondern durch Rücküberweisung auf Schweizer Konten „offiziell“ in den regulären internationalen Geldverkehr eingeschleust.

Täuschung und Betrug

Eine weitere Großgaunerei der Minton'schen Art verbirgt sich unter der Rubrik Zinsen. Nachdem sich die mit Hilfe der nigerianischen Nationalbank verdeckt aufgekauften Schulden bereits im Besitz der von Minton kontrollierten Firmen – und damit genau genommen wieder im Besitz Nigerias – befanden, bezahlte das Land weiterhin munter Zinsen, insgesamt nochmals rund eine halbe Milliarde Dollar. Auch diese Vorgehensweise war offenbar Teil des Geldwäsche-Unternehmens. Eine weitere halbe Milliarde Dollar wurde auf diese Weise „legal“ ins Ausland transferiert, getarnt als „Zinsen“.

Ein neues Kapitel der Kriminalgeschichte

Binnen weniger Jahre haben einige korrupte nigerianische Militärdiktatoren ihrem Land Milliarden gestohlen und auf ihren Konten im Ausland gebunkert. Die größten bisher bekannten Raubzüge nehmen sich daneben wie Kavaliersdelikte aus. Die Ausplünderung eines ganzen Landes öffnet ein neues Kapitel der Kriminalgeschichte der Menschheit. Und Minton war mittendrin. Es ist verständlich, dass er um das Image eines „Geschäftsmannes mit weißer Weste“ bemüht ist.

Ursula Caberta, die trotz ihres Wissens um seine Vergangenheit mit Minton zusammenarbeitet, ist längst zu einem Teil seines Netzwerkes aus Täuschung und Blendwerk geworden.



„Big Spender“ aus den USA: Cabertas Geldgeber Robert Minton steckt zunehmend in Erklärungsnot. Welche Rolle spielte er bei der Ausplünderung Nigerias?

Wenn Sie wegen Ihres Glaubens benachteiligt werden, wenden Sie sich an das Menschenrechtsbüro der Scientology Kirche Deutschland e.V.

Beichstraße 12
80802 München
Tel. 089 / 27 81 77 38
Fax 089 / 27 81 77 40
<http://www.menschenrechtsbuero.de>
kontakt@menschenrechtsbuero.de

Psychiatrie am Pranger

VII. Weltkongress der Biologischen Psychiatrie in Berlin wurde von massiven Protesten begleitet

Bis Anfang Juli hoffte Professor Hans-Jürgen Möller, Präsident der Weltvereinigung der Biologischen Psychiatrie und Direktor der Psychiatrie der Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) in München, auf einen ruhigen und ungetrübten Verlauf des „Weltkongresses der Biologischen Psychiatrie“ – weltweiter Auftakt zu neuen staatlichen Subventionsmilliarden, Forschungsgeldern und prall gefüllten Privatkonten.

Doch die Veranstaltung wurde von massiven Protesten von Menschenrechtlern begleitet. Die Bundesleitung der *Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte e.V.* (KVPM), einer von der Scientology Kirche im Jahre 1969 gegründeten Organisation, hatte Menschenrechtler, Psychiatrie-Gegner, Bürger und Betroffene in Berlin zu einer mehrstündigen Demonstration und Kundgebung gegen den Kongress versammelt.

Was ist unter „biologischer“ Psychiatrie zu verstehen? Psychiater vertreten im allgemeinen die Vorstellung, dass chemische Substanzen im Gehirn das Verhalten von Menschen bestimmen würden – und nicht etwa der Mensch selbst. Neu ist, dass jetzt auch noch die Gene verantwortlich dafür sind, ob man seine Frau schlägt oder nicht. Und hier verspricht die biologische Psychiatrie Abhilfe. Sie propagiert, dass mit der Erforschung und der späteren Manipulation von Genen ein makelloser Mensch geschaffen werden könne. Ein (Alp)traum, den nicht zuletzt die Nazi-Psychiatrie mit ihren perversen rassehygienischen Theorien träumte. Ob „chemisches Ungleichgewicht“ im Gehirn oder genetischer Defekt, der Psychiater wird's schon richten, so die Devise. Und zwar nach wie vor mit denselben Mitteln: Schwerste Psycho-Drogen und Elektroschocks sollen die Gene auf Vordermann bringen. Bekannte psychiatrische Brutalitäten erhalten lediglich ein neues Gewand, so der Vorwurf von Menschenrechtlern, Opfern und Fachleuten.

In diesem Zusammenhang erklärt der Psychologe Elliot S. Valenstein, dass bisher „keinerlei biochemische, anatomische oder funktionelle Merkmale gefunden wurden, die das Gehirn psychiatrischer Patienten verlässlich kennzeichnen“ würden. Buchautor David Kaiser, selbst Psychiater, wird noch deutlicher: „Die biologische Psychiatrie ist eine Ideologie und zwar eine von der schädlichsten Sorte“.

„Sofortige Unterbringung zwingend erforderlich“

In diese gefährliche pseudowissenschaftliche Mischung passt auch die umstrittene Person des Präsidenten der biologischen Psy-



Über 1000 Demonstranten protestierten in Berlin gegen die Weißkittel mit den schwarzen Westen. Die Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte e.V. (KVPM) informiert seit fast 30 Jahren über die gesellschaftszerstörende Wirkung der Psychiatrie und ihre als Therapie getarnten Foltermethoden.

chiatric, Professor Hans-Jürgen Möller. Als Leiter der LMU-Psychiatrie in München entscheidet er täglich über das Schicksal und den Verbleib von Menschen – wen er zwangseinweisen lässt, wen er unter psychiatrische Drogen setzt, wen er mit Hilfe von Elektroschocks gefügig macht. Unter seiner Leitung wurden allein im Jahre 1997 insgesamt 660 Elektroschocks verabreicht und zahllose Gehirnteile unwiderrbringlich verdampft – am lebenden Objekt natürlich. Die Opfer schreien und zappeln nicht



„Psychiater, die bei ihren Patienten Elektroschocks anwenden, begehen vorsätzlich schwere Körperverletzung und sind Verbrechern gleichzusetzen.“

Prof. Dr. med. A. Schroeder
Universität Harvard

mehr so wie früher – weil man ihnen vorher muskelentspannende Medikamente und Betäubungsmittel verabreicht. Fälle, in denen Patienten gegen ihren Willen unter psychiatrische Drogen gesetzt werden, gehören zum Alltag.

Die psychiatrische Allmacht soll der Herr Professor auch für seinen eigenen Vorteil in mehr als dubioser Weise genutzt haben.

Bekannt wurde der Fall des renommierten Kunsthändlers und gelehrten Juristen Eberhart Herrmann. Nachdem es in der Ehe des Millionärs bereits seit längerem gekriselt hatte, soll dessen damalige Frau den Psychiater Möller heimlich mit der Ausstellung eines Gesundheitszeugnisses über ihren Mann beauftragt haben. Über die vereinbarten Honorarkosten des Zeugnisses schweigen sich beide Parteien bis heute aus. Wie der *stern* in seiner Ausgabe 47/97 berichtete, genügte dem Profi ein

Gespräch mit Herrmanns damaliger Ehefrau und ein Blick aus der Ferne auf den Geschäftsmann Herrmann in dessen Galerie,

um zu dem Schluss zu kommen: „Seine sofortige Unterbringung in eine geschlossene Abteilung einer psychiatrischen Klinik ist zwingend erforderlich.“ Herrmann habe sich im Straßenverkehr auffällig verhalten. Natürlich stellte Professor Möller großzügig seine Uni-Klinik als Unterbringungsort in Aussicht. Anwalt und Geschäftsfreunde

Herrmanns rieten diesem, sofort das Land zu verlassen und Klage einzureichen. Das Verfahren samt einer Schadenersatzklage über rund 8 Millionen Mark ist noch immer anhängig. Unter der Überschrift: „Millionenklage wegen heimlichen Ferngutachtens gegen Chef der biologischen Psychiatrie“ wurden Möllers haarsträubende Verwicklungen in anrüchige Gutachtertätigkeiten von der KVPM veröffentlicht.

Weggesperrt und totgespritzt

Da die Welt erfahren sollte, was hinter den verschlossenen Türen des VII. Weltkongresses der Biologischen Psychiatrie im Berliner Kongresszentrum vor sich ging, marschierten die Protestler durch die Berliner Innenstadt direkt vor ihre Tür. Mit einer überdimensionalen Spritze, einem Sarg, „Totengräbern“ und „Sensenmännern“ wiesen die Demonstranten auf die zahlreichen Opfer der Psychiatrie hin – die übrigens oft auf den anstaltseigenen Friedhöfen psychiatrischer Krankenhäuser begraben liegen, fernab von den Augen der Öffentlichkeit.

Im Rahmen einer dreistündigen Kundgebung schilderten betroffene Eltern sowie ehemalige Patienten und Angehörige ihre grauenhaften Erlebnisse mit der

Psychiatrie: So berichtete eine Mutter, dass zwei ihrer drei Kinder vergangenes Jahr im Alter von 8 und 11 Jahren von der Schule abgeholt und in die geschlossene Kinderpsychiatrie zwangseingewiesen wurden. Man setzte die Kinder ohne die Erlaubnis der Eltern unter Psycho-Drogen, fesselte sie ans Bett und sperrte sie in Isolierzellen. Angeblich müsse man die Kinder vor der psychisch kranken Mutter „schützen“, hieß es in einer der irrwitzigen Begründungen. Als die Fernsehstation PRO 7 über den Fall berichtete, erklärte der 11-jährige Sohn unter Tränen vor der Kamera, was sich hinter den psychiatrischen Mauern abspielte: „Dann haben sie meinen Kopf zwischen die Beine gesteckt, meinen Kiefer aufgedrückt und mich gezwungen, die Pillen zu schlucken.“ Da beide Kinder unter einer seltenen Allergie leiden, vermuten die Eltern mittlerweile, dass sie illegal in der Anstalt als Versuchskaninchen missbraucht werden.

Ein ähnlich gelagerter Fall ereignete sich bei der Familie W.: Die damals 7-jährige Tochter wurde ohne Wissen der Eltern und ohne Vorwarnung aus der



Betroffene und Angehörige schilderten auf der Berliner Anti-Psychiatrie-Veranstaltung ihre Erfahrungen.

Familie gerissen und in ein Kinderheim gebracht. Das Sorgerecht war den Eltern ohne vorherige Anhörung allein aufgrund von Gerichtsentscheidungen entzogen worden. Eine Psychotherapeutin verfasste zwei Gutachten, die sich beide als falsch herausstellten, aber die Rückführung der kleinen Tochter maßgeblich verzögerten. Die Eltern mussten über ein Jahr darum kämpfen, ihre eigene Tochter wieder nach Hause holen zu dürfen. Um diesem tyrannischen Willkürakt der Psychiatrie und der Behörden die Krone aufzusetzen, wurden der Familie auch noch die Kosten für die beiden falschen Gutachten der Psychotherapeutin in Rechnung gestellt.

Noch schlimmer waren die Konsequenzen der psychiatrischen „Behandlung“ bei Familie L.: Stefanie L., 30-jährige Tochter einer Rechtsanwältin, starb letz-

Fortsetzung auf Seite 4



Fortsetzung von Seite 3:

Jahr auf der geschlossenen Station einer Uni-Psychiatrie. „Diese Station war eine Folterkammer für meine Tochter“, erklärt Frau L. Bei ihren Besuchen war Stefanie meist „mit Medikamenten vollgepumpt und ans Bett gefesselt“. Mitunter wurde sie mit elf verschiedenen Psycho-Drogen gleichzeitig behandelt. Die Tochter rief ihre Mutter an und flehte: „Hol mich schnell hier raus. Die bringen mich hier um. Ich möchte nur bei dir zu Hause auf dem Sofa sitzen und ein Buch lesen.“ Doch die Hilfe kam zu spät. Die Mutter reichte Strafanzeige wegen fahrlässiger Tötung ein. Nach einer Razzia in der psychiatrischen Einrichtung dauern die Ermittlungen derzeit weiter an.

Ein weiteres Psychiatrieopfer, Herr D., berichtete bei der Kundgebung: „Ich wurde als 18-jähriger

amerikanischen Schwesterorganisation der KVPM, wies während der Endkundgebung anhand von internationalen Statistiken auf die Erfolge der Kommission hin bei der Aufklärung von Betrugsskandalen und Menschenrechtsverletzungen. Neben den Betroffenen forderte sie auch Behörden, die Medien und die Öffentlichkeit auf, keine Scheu davor zu haben, Menschenrechtsverletzungen durch Psychiater zu untersuchen und rigoros aufzudecken.

Dem Auswärtigen Amt in Berlin wurde einen Tag nach der Kundgebung eine Proklamation übergeben, in der Psychiatrieopfer sowie Vorstandsmitglieder der KVPM und Vertreter von Menschenrechtsvereinigungen im Namen der Demonstranten international strengere Kontrollen der Psychiatrie fordern. Insbesondere verlangen Opfer und Experten eine Offenlegung der Zahlen von angeordneten Zwangsmaßnahmen und ihren Begründungen, die Anzahl der Sterbefälle, der durchgeführten Elektroschocks sowie der Angaben über die Anzahl der Zwangsmedikamentierung und Fixierung von Patienten gegen ihren Willen. Durch die Dokumentation dieser oftmals willkürlichen und ungerechtfertigten Zwangsmaßnahmen könnten Missbräuche besser aufgeklärt werden.

Außerdem forderten Vorstandsmitglieder der KVPM, dass die Regierungen der Welt die Notwendigkeit humaner, körperlich nicht schädigender Praktiken auf dem Gebiet der geistigen Gesundheit anerkennen und psychiatrische Empfehlungen und Programme ablehnen, die dem Menschen nachweislich schaden. ♦

Die vollständigen Reden der Betroffenen sowie Fotos der Veranstaltung wurden von der Citizens Commission on Human Rights International im Internet unter der Adresse www.psychiatryexposed.org veröffentlicht.



Tödliche Idylle: Für die Vergessenen, die in der Psychiatrie sterben, gibt es anstatt eigene Friedhöfe auf dem Gelände.

ger Schüler von meinen Eltern in ein Irrenhaus gebracht. Dort bekam ich 12 Elektroschocks und 19 Insulinschocks ... Je mehr ich mich verbal sträubte, mich wehrte und argumentierte, um so gnadenloser misshandelten sie mich mit ihren Schocks.“ Er erhob schwerste Beschuldigungen: „Wir bekamen willkürliche Phantasiediagnosen, waren rechtlos, galten als vernunftlos und wurden wie Versuchstiere gehalten.“

Auch Elvira Manthey berichtete über ihr Schicksal. Frau Manthey, letzte Überlebende der Nazi-Psychiatrie Brandenburg-Havel, wurde 1938 als Siebenjährige von einem Nazi-Psychiater für schwachsinzig erklärt und in eine Psychiatrie eingeliefert. Sie ist die einzige überlebende Augenzeugin und musste mit ansehen, wie Kleinkinder von Psychiaterinnen mit tödlichen Injektionen ermordet wurden. Heute fordert sie nicht nur ihre Rehabilitation, sondern auch schärfere Kontrollen der so genannten modernen Psychiatrie sowie ein gesetzliches Verbot der Psychiatisierung von Kindern unter 14 Jahren und der Vergabe von Psycho-Pillen an solche Kinder.

Forderung nach schärferen Kontrollen für Psychiater

María Filedei, Vize-Präsidentin der Citizens Commission on Human Rights International, der

Amokläufer und die Rolle der Psychiatrie

Die Gewalt auslösenden Nebenwirkungen von durch Psychiater verordnete Psychopharmaka werden noch immer vertuscht

Entsetzen macht sich breit, wenn wieder einmal irgendwo auf der Welt ein Verrückter in eine Schule stürmt und wild um sich schießend unschuldige Kinder in den Tod reißt, oder wenn ein Amokläufer seine Arbeitskollegen niedermetzelt oder seine ganze Familie auslöscht.

In den Zeitungsmeldungen findet sich normalerweise im letzten Absatz die Erklärung, dass der Täter „seit längerem“ in psychiatrischer Behandlung sei.

Fast immer aber wird dieser Nachsatz fälschlicherweise so ausgelegt, dass der Mörder trotz seiner Therapie getötet habe. Das wäre schlimmer genug. Tatsächlich stehen die in der psychiatrischen „Behandlung“ verwendeten Psycho-Drogen selbst im Verdacht, direkter Auslöser für die unerklärlichen Gewaltausbrüche zu sein. Nach Erkenntnissen der Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte e.V. und anderer Stellen sind die Verdachtsmomente mehr als begründet. Eine zunehmende Anzahl von Wissenschaftlern sieht das ebenso.

Untersuchungen, beispielsweise in den USA, belegen, dass jeder Amokläufer der vergangenen Jahre unter dem Einfluss der gefährlichen Psycho-Pillen stand.

Nachdem Anfang Juni im japanischen Osaka ein 37-jähriger Amokläufer wahllos auf kleine Schulkinder eingestochen und acht von ihnen getötet hatte, stellte eine deutsche Zeitung die richtige Frage: „Trieben ihn die Psycho-Pillen in den Blutrasch?“ Der Massenmörder stand zum Zeitpunkt der Tat unter starken Beruhigungsmitteln und wurde laut Medienberichten seit längerem wegen Schizophrenie behandelt.

Vor der eigentlich naheliegenden Schlussfolgerung aber schrecken viele Amokläufer sind

mörder, der nicht in psychiatrischer Behandlung war und unter dem Einfluss von Psychopharmaka stand. Noch direkter könnte man sagen, dass es ohne psychiatrische Drogen das Phänomen des Amokläufers, zumindest in der westlichen Hemisphäre, überhaupt nicht geben würde.

den waren. Obwohl die Folgen oft tödlich und stark persönlichkeitszerstörend sind, verschreiben Psychiater solche Drogen an mehr als sechs Millionen amerikanische Schüler. Um sich im Ausbildungssystem einzunisten, hat die Psychiatrie normales kindliches Verhalten wie Zappeln zu psychi-



„Psycho-Drogen zerstören die Seele“: Eindringlich weist die KVPM immer wieder darauf hin, dass Kinder und Schüler kein Experimentierfeld für chemische „Lernhilfen“ sind. Die Folgen, vor allem bei Dauerkonsum, sind oft fatal.

Was könnte eine Mutter so weit bringen, ihre fünf Kinder im Alter von sechs Monaten bis sieben Jahren in der Badewanne zu ertränken? In Houston, im US-Bundesstaat Texas, ist es kürzlich geschehen. Die Erklärung dafür stand wie so oft in der letzten Zeile der Zeitungsmeldung: „Die Mutter war wegen Depressionen seit zwei Jahren in psychiatrischer Behandlung.“ Dank der unermüdlenden Arbeit der KVPM in den USA (dort: Citizens Commission on Human Rights) beginnt die amerikanische Öffentlichkeit aufzuwachen. Mehr und mehr Menschen werden sich des tödlichen Schwindels der Psychiatrie bewusst.

Die Psychiatrie gründet auf der Annahme, dass Menschen lediglich höher entwickelte Tiere sind. In den rund 200 Jahren ihres unseligen Wirkens hat sich diese Grundannahme in keinster Weise geändert. Eine Seele oder ein unsterblicher Geist als übergeordneter Teil einer Person sind aus der Sicht von Psychiatern „wissenschaftlich nicht nachweisbar“ und existieren daher nicht. Da ein Tier nur von seinen Instinkten gelenkt wird, werden moralische Werte von den meisten Psychiatern auch beim „menschlichen Tier“ verneint oder bestenfalls als anezogene Unfreiheiten verspottet. Da verwundert es auch nicht, wenn sich manche Psychiatriepatienten auch tatsächlich wie Tiere benehmen und ohne Mitgefühl töten.

„Kinder-Kokain“

Die KVPM hat in den USA Aufsehen erregende Anhörungen mit Opfern psychiatrischer Behandlung organisiert. Viele Eltern berichteten beispielsweise von unerklärlichen Gewaltausbrüchen ihrer Kinder, nachdem diesen nach einer psychiatrischen Diagnose Psychopharmaka auf Amphetamin-Basis verschrieben wor-

den Störungen erklärt. Eindeutige Namen wie „Hyperaktivität“ oder „Aufmerksamkeitsstörung“ dienen den Drogendealern im weißen Kittel dazu, sich auf Kosten der Kleinsten ihre Taschen zu füllen. Für die Psychiatrie, die bereits Milliarden an Steuergeldern kassiert, ist dies ein einträgliches Zubrot.

Medikamente oder im engeren Sinne Psychopharmaka, die Amphetamine enthalten, werden wegen ihrer Wirkungsweise und wegen ihrer chemischen Zusammensetzung, die der Straßendroge Kokain sehr ähnlich ist, auch „Kinder-Kokain“ genannt. Es übersteigt die normale Vorstellungskraft, dass Eltern um den bloßen Geschäfts willen eine kokainähnliche Substanz als „Medikament“ angedreht wird. Zu den zahlreichen Nebenwirkungen solcher Substanzen, die ersichtlich nicht immer auf dem Beipackzettel ausgewiesen sind, zählt auch die Neigung zu aggressivem Verhalten.

Es ist nicht zu bestreiten, dass viele Kinder Hilfe brauchen, aber Psycho-Pillen stürzen sie langfristig in noch größere Probleme. Deutschland steht erst am Anfang dieser verheerenden Entwicklung, dennoch wird bei uns bereits Zehntausenden von Kindern Ritalin verschrieben. Von 1995 bis 1999 stiegen die Jahresabsatzzahlen allein von Ritalin um das Vierzigfache! Die Tatsache, dass diese Droge im Blut vieler Schulkinder in den USA gefunden wurde, sollte die hiesige Bevölkerung alarmieren. Ingesamt, so warnte kürzlich die Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Marión Caspers-Merk, würde bereits ein Drittel der Schüler in Deutschland Medikamente zur Leistungssteigerung nehmen.

Mit „Medikamenten“ sind in aller Regel Schmerzmittel, Schlafmittel und psychiatrische Psycho-Drogen gemeint. ♦

Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte

Helfen Sie, psychiatrische Menschenrechtsverletzungen zu beenden.

Werden Sie Mitglied der KVPM.

Postbank München
Kontonummer 865 848 04
BLZ 700 100 80

Seit 1972

Notwendigkeit humaner, körperlich nicht schädigender Praktiken auf dem Gebiet der geistigen Gesundheit anerkennen und psychiatrische Empfehlungen und Programme ablehnen, die dem Menschen nachweislich schaden. ♦

Skandalchronik einer Unbelehrbaren

Die unglaubliche Laufbahn der Ursula Caberta y Diaz

Die mit Millionen an Steuergeldern finanzierte Diskriminierung von Scientologen entwickelt sich immer mehr zum Flop. Seit rund zehn Jahren strickt die Hamburger Senatsangestellte Ursula Caberta mit am eifrigsten an einem Netz aus Lügen, Verdrehungen und Intrigen. Inzwischen aber richtet sich das Scheinwerferlicht auf ihre eigene Person. Die derzeit laufenden Ermittlungen wegen massivem Korruptionsverdacht sind nur das letzte Glied einer langen Kette von Skandalen, Unaufrichtigkeiten und kostspieligen Entgleisungen.

Die folgende chronologische Auswahl zeigt deutlich, dass die Hamburger Berufsinquisitorin ihren Religions-Rassismus mit System betreibt:

1992: Ursula Caberta co-initiiert als Bürgerschaftsabgeordnete eine Pressekonferenz, auf der sie gleich die Weichen für ihr zukünftiges Verhältnis zu den Menschenrechten stellt. In einem Forderungskatalog für die Medien wird allen Ernstes angeregt, Scientologen vor Sondergerichte zu stellen, rechtskräftige Urteile zu „revidieren“ und Ausnahme-gesetze für Scientologen einzuführen. Sie selbst will, wie sie in der Freimütigkeit eines Diktators bekennt, „die Scientologen aus Deutschland vertreiben“. Gleichzeitig forciert sie die Gründung einer „Arbeitsgruppe Scientology“ in der Innenbehörde, die gegen Ende 1992 ins Leben gerufen wird – mit ihr selbst als Leiterin. Die neue Stelle sichert ihr ein bequemes Einkommen, wobei die gesamte Einrichtung den Steuerzahler jährlich rund eine Million Mark kostet (bisher geschätzt 8.000.000 Mark).

1993: In völliger Verken-nung des staatlichen Neutralitätsgebots und grundlegender Verfassungswerte schürt Caberta ein Klima der Intoleranz und Verunglimpfung gegen Mitglieder der Scientology Kirche. Seit diesem Zeitpunkt beschäftigen sich auch internationale Menschenrechtsorganisationen wie die *International Helsinki Federation*, die *US-Helsinki-Kommission*, die *Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa* (OSCE) und die *Verinteten Nationen* mit den Auswirkungen der von Caberta initiierten und auf Unwahrheiten basierenden

staatlichen Diskriminierungskampagne.

Ende 1993 wird der internationalen Scientology Kirche in den USA sowie weiteren 150 Sciento-



Im 4. Stock dieses Gebäudes geben Ursula Caberta und ihre Mitarbeiter reichlich Steuermittel für grundgesetzwidrige Tätigkeiten aus.



logen, hunderte Mark Steuergelder gehen zum Schornstein hinaus. Ein internes Protokoll belegt, dass das mit allen Mitteln in die Länge gezogene Verfahren vor allem der gezielten Rufschädigung von Scientologen dienen soll. (Man könne, wird Caberta dort zitiert, Scientologen als „Kriminelle“ bezeichnen, ohne dass diese sich rechtlich dagegen zur Wehr setzen können, solange das staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren andauere...)

1995: Caberta fährt unbeirrt damit fort, garantierte Verfassungsrechte auszuhebeln und die ihr fehlende Sachlichkeit und Unparteilichkeit mit blanker Zerstörungswut wettzumachen. Ihren Schreibtisch räume sie erst, wenn sie „die kleingekriegt hat“, die Scientologen, gibt sie einmal zu Protokoll. Das Hamburger Verwaltungsgericht behält trotzdem klaren Kopf: Ein von Ursula Caberta vehement unterstütztes Verfahren gegen die Scientology Kirche in Hamburg mit dem Ziel der „Vereinsaustragung“ geht verloren. Kosten für die Stadt Hamburg: geschätzte mehrere zehntausend Mark.

1996: Ursula Caberta und ihre Parteigenossin Renate



logy Kirchen und mit ihr verbundenen Körperschaften vollständige Steuerbefreiung gewährt. Nach jahrelangen Untersuchungen kommt die amerikanische Bundesfinanzbehörde IRS zu der Feststellung, dass die Scientology Kirche wegen der ausschließlichen Förderung religiöser Zwecke als gemeinnützig anzuerkennen ist. Cabertas einzige Reaktion besteht darin, diese weitreichende Entscheidung als „Unterwanderung des IRS“ hinzu-stellen – eine reichlich abstruse Unterstellung, die der IRS in einer offiziellen Presseerklärung widerlegt.

Caberta und ihre Mitstreiter sehen dennoch keine Veranlassung, ihr ebenso diskriminierendes wie auch kostenintensives Wirken zu korrigieren. Schließlich haben sie einen Arbeitsplatz zu verlieren.

1994: Bereits 1991 stellte Caberta willkürlich Strafanzeige gegen Scientologen wegen „Bildung einer kriminellen Vereinigung“. Das Verfahren ist, wie amtliche Dokumente später belegen, von vornherein einstellungsreif. Caberta bewirkt dennoch eine drei Jahre dauernde bundesweite Untersuchung, die sie mit immer neuen Verdächtigungen und „Zeugen“ am Leben hält.

Mitte 1994 stellt die Oberstaatsanwaltschaft Hamburg das Verfahren endgültig und vollumfänglich ein. Cabertas Beschwerde wird vom Generalstaatsanwalt abgewiesen. Nicht einer der strafrechtlichen Vorwürfe bleibt beste-

Arbeit: „Traten die Damen Rengnebach und Caberta im Duett auf, fühlte sich ein Zuhörer schon mal an ein 'Exorzismus-Seminar' erinnert.“)

Caberta scheut sich in dem ihr eigenen Fanatismus auch nicht, die Vizepräsidentin des deutschen Bundestags bei einer Anhörung vor die Tür zu setzen, weil diese angeblich Kontakte zu Scientologen habe und somit „Spitzel“ sein könnte.

Im gleichen Jahr wird der längst überfällige Zwischenbericht der Caberta-Stelle erst mal eingestampft. Laut Landeskriminalamt enthielt bereits der Entwurf „keine neuen Erkenntnisse in strafrechtlicher Hinsicht“. Bei den vom LKA durchgeführten Ermittlungen sei „wiederholt festgestellt“ worden, dass „Zeugen in entscheidenden Punkten die Unwahrheit gesagt“ hätten.

1997: Im Juni stellt die Stuttgarter Staatsanwaltschaft, wie voraussehbar, das letzte in Deutschland noch anhängige Ermittlungsverfahren gegen die Scientology Kirche ein. Caberta arbeitet aber bereits seit 1996 an einer „Lösung“ des Umstands, dass sämtliche von ihr initiierten oder mitgetragenen Kriminalisierungsversuche scheitern. Um ihren Arbeitsplatz und die Gerichte um Scientology aufrecht erhalten zu können, verlangt sie, dass der Verfassungsschutz das „Problem“ übernimmt. Nur wenige Tage nach der Stuttgarter Einstellungsverfü-

recht nicht für Straftatbestände. Die Kosten dürften auch in diesem Fall in die Millionen gehen.)

Kurz darauf schlägt das Bundesverwaltungsgericht in Berlin eine großflächige Schneise in Cabertas Märchenwald, in dem auch immer wieder das Argument der „wirtschaftlichen Betätigung“ der als Vereine organisierten Scientology-Gliederungen bemüht wird. Die Leistungen der Scientology Kirche gegenüber ihren Mitgliedern, so das Bundesgericht in letzter Instanz, sind im



Mitglieder des Ausschusses für internationale Beziehungen im US-Repräsentantenhaus bei einer Anhörung. Betroffene berichten über ihre Erfahrungen mit dem von Ursula Caberta propagierten "Sektenfilter".

Regelfall keine unternehmerischen Leistungen, sondern ideelle. Andere Gerichte in anhängigen Verfahren schließen sich dieser Auffassung an. Cabertas Aktionismus entpuppt sich einmal mehr als teure Irreführung der Öffentlichkeit.

1998: Die Diskriminierungspolitik aus Cabertas Amtsstube macht auch vor Kindern nicht Halt. Einige Eltern aus Hamburg bringen ihre Kinder in eine Privatschule hinter der dänischen Grenze – nicht zuletzt, um sie vor Übergriffen zu schützen, die im Zuge der Caberta-initiierten Verunglimpfungskampagne eher zur Regel als zur Ausnahme werden. Die Hamburger Innensenatsangestellte aber stellt den Kindern unbeirrt weiter nach. Sie fährt persönlich nach Dänemark und hält dort „Aufklärungsveranstaltungen“ über deren Schule. Erst das dänische Erziehungsministerium stoppt den Wahn. Nach Prüfung des Unterrichts, in welchem der staatliche Lehrstoff nach der Studiermethodik L. Ron Hubbards gelehrt wird, erkennt sie die Privatschule offiziell an. Caberta zieht sich verzögert zurück.

Diese und ähnliche Praktiken würdigt überzeugend das Oberlandesgericht Hamburg in seinem Urteil AZ: 7 U 128/97, das ebenfalls im Jahre 1998 gefällt wird. Dort muss sich Ursula Caberta endgültig ins Stammbuch schreiben lassen, dass sie die von der Scientology Kirche gegen sie erhobenen Vorwürfe nicht untersagen lassen könnten. Missachtung des Grundgesetzes, Verletzung der Menschenrechtskonvention ebenso wie des staatlichen Neutralitätsgebots in Bezug auf Religion und Weltanschauung, Amtsmissbrauch, Verletzung des Datenschutzgesetzes



Da halfen alle Intrigen aus dem Hause Caberta nichts: Ende 1999 eröffnete die Scientology Kirche Hamburg ihre neuen Räumlichkeiten in der Domstraße mitten in der Innenstadt Hamburgs.

gung beginnt dieser dann auch tatsächlich mit der vorläufigen Beobachtung von Scientology. (Auch die bisher vier Jahre dauernde Beobachtung durch den Verfassungsschutz förderte keinen Beleg für die von Caberta behaupteten Vorwürfe zutage, erst

ne: Missachtung des Grundgesetzes, Verletzung der Menschenrechtskonvention ebenso wie des staatlichen Neutralitätsgebots in Bezug auf Religion und Weltanschauung, Amtsmissbrauch, Verletzung des Datenschutzgesetzes

Fortsetzung auf Seite 6

Psychiatrie: Tod statt Hilfe

„Unser Ziel muss das Durchdringen jeder bildenden Tätigkeit im öffentlichen Leben sein ... Politik und Industrie, sie alle sollten innerhalb unserer Einflussphäre sein ... wir haben einen nützlichen Angriff auf eine Anzahl von Berufsständen gemacht. Am einfachsten ist es natürlich bei den Lehrberufen und bei der Kirche, die schwerigsten sind Justiz und Medizin ...“

— J. R. Rees, 1940, englischer Top-Psychiater und späterer Mitbegründer der globalen psychiatrischen Dachorganisation „Weltvereinigung für Geistige Gesundheit“



Fordern Sie die hier abgebildeten Broschüren unter folgender Adresse an:

Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte e.V., Amalienstraße 49a, 80799 München, Tel.: 089 / 27 30 354 Fax: 089 / 28 98 67 04

Kostenlos!

Fortsetzung von Seite 5:

und widerrechtlicher Aufruf zum Boykott. Eine solche Einschätzung habe sie hinzunehmen, zumal – so das Gericht – es „hinreichende sachliche Anknüpfungspunkte“ gebe. Seither muss sie sich ebenfalls die Bezeichnung „Menschenrechtsverletzerin“ offiziell gefallen lassen. Mit dem Urteil scheidet Cabertas Berufung gegen eine gleichlautende Entscheidung des Landgerichts Hamburg. Kosten des Rechtsstreits für die Stadt Hamburg: Rund 20 000 Mark.

1999: Ein eigens von Cabertas Büro entwickelter „Sektenfilter“ zur Ausgrenzung von Andersgläubigen aus Firmen, Vereinen und letztlich allen gesellschaftlichen Bereichen, insbesondere aber zur Diskriminierung und Ausgrenzung von Mitgliedern der Scientology Kirche, ruft Jahr für Jahr die namhaftesten internationalen Menschenrechts-gremien auf den Plan. Im Bericht zur internationalen Lage der Religionsfreiheit der US-Regierung heißt es 1999: „... die Verwendung von ‚Sektenfiltern‘, um Personen allein aufgrund ihrer Glaubensüberzeugungen an der Ausübung ihres Berufs zu hindern, ist eine Verletzung ihrer Rechte sowie auch eine diskriminierende Geschäftspraktik in Deutschland.“

Caberta zeigt keinerlei Unrechtsbewusstsein und keine Einsicht. Sie reist weiter durch die Lande und drängt Geschäftsführern von Firmen und Industrie-



Cabertas Vorgesetzter, Ex-Innensenator Wrocklage, verlor im Mai 2001 sein Amt wegen des Vorwurfs der Parteibuchwirtschaft. Er war auch über die Umtriebe seiner „Arbeitsgruppe Scientology“ und deren Leiterin Caberta bestens informiert – und unternahm nichts.

und Handelskammern ein rechtswidriges Werkzeug auf, das in buchstäblich Dutzenden von internationalen Menschenrechtsberichten verurteilt wird. Wieviel dieses maßlose Treiben wirklich kostet, auch mit Hinblick auf das

Ansehen der Bundesrepublik im Ausland, kann nur vermutet werden.

Ende 1999 folgt ein schwerer Schlag für die professionelle Exorzistin: Mitten in der Innenstadt von Hamburg bezieht die Scientology Kirche ein neues Kirchengebäude, das mit 3000 m² Nutzfläche dreimal so groß ist wie die früheren Räumlichkeiten.

2000: Die mächtige Handelsbeauftragte der Regierung der Vereinigten Staaten greift zu verschärften Mitteln, um die von Caberta propagierten ‘Sektenfilter’ an den weltwirtschaftlichen Pranger zu stellen. Sie setzt die Bundesrepublik auf die so genannte „Watch List“, eine Liste derjenigen Länder, die sich im Wirtschaftsverkehr mit den Vereinigten Staaten diskriminierender Maßnahmen bedienen.

Gleichzeitig fährt Caberta den roten Teppich der Hamburger Innenbehörde aus, um den international tätigen Finanzhai Robert Minton zu empfangen. Minton ist Prozessgegner der Scientology Kirche in den USA und qualifiziert damit in den Augen Cabertas für einen selbstgestrickten „Menschenrechtspreis“, den sie ihm höchstpersönlich in Leipzig überreicht. Was zu diesem Zeitpunkt noch niemand ahnt: Minton hat der Senatsangestellten

eine vermutlich sechsstelligen Summe zukommen lassen. Die Bombe platzt im Rahmen einer eidlichen Einvernahme Cabertas in den USA im Juli 2000: „Bob Minton hat mir ein Darlehen gegeben“, gibt die Senatsangestellte kleinlaut zu, nachdem sie am Anfang der Befragung noch scheinheilig meinte: „Wieso sollte Mr. Minton mir Geld geben?“

Die Scientology Kirche erstattet Strafanzeige gegen Robert Minton und Ursula Caberta, u. a. wegen des Verdachts der Vorteilsnahme, der Bestechlichkeit und der Geldwäsche. Gleichzeitig muss sich auch die Generalstaatsanwaltschaft in Genf mit einer Strafanzeige gegen Minton auseinandersetzen. Die Republik Nigeria bezichtigt ihn des Betrugs, der Urkundenfälschung und der Geldwäsche. Er soll als Helfer der früheren Militärdiktatur Milliarden aus dem Land geschleust haben, was er und seine Verbündeten heftig in Abrede stellen.

Cabertas Vorgesetzte versuchen, den Skandal vor der Öffentlichkeit herunterzuspielen.

Im selben Jahr erkennt Schweden die Scientology Kirche an und stellt sie mit den Großkirchen gleich. Die Anerkennung als gemeinnützige und steuerbefreite Körperschaft folgt kurz darauf.

Und während Caberta den Innensenat Hamburgs für ihre grundgesetzwidrigen Zwecke vereinnahmt, stellt das südafrikanische Innenministerium die Eheschließung vor Scientology-Geistlichen der staatlichen Zivilehe

gleich.

Ende des Jahres schließlich verwirft die deutsche Bundesregierung eine Reihe von Unterstellungen, die Caberta jahrelang unter Volk streute. In einer Antwort auf eine *Kleine Anfrage* im Bundestag führt die Bundesregierung aus, dass weder Informationen über strafrechtlich relevantes Verhalten der Scientology Kirche oder ihrer Mitglieder in Deutschland vorliegen noch eine – von Caberta behauptete – „Einflussnahme“ in der Wirtschaft festgestellt werden konnte.

2001: Im Rahmen des Informationsfreiheitsgesetzes wird Mitte des Jahres in Berlin eine Studie von Unternehmen beauftragt, die sich geweigert hatten, den von Caberta propagierten „Sektenfilter“ zu unterzeichnen. Die Studie bestätigt nicht nur die Religionseigenschaft von Scientology, sondern deklariert den Caberta-Filter als rechtswidrig. Währenddessen verdichtet sich der Korruptionsverdacht gegen Caberta immer mehr. Aus einer Internet-Mitteilung Mintons kann möglicherweise der Schluss gezogen werden, dass Caberta ihn aktuell mit Hamburger Behörden-Interneta versorgt, die der Amtsverschwiegenheit unterliegen.

Im Mai 2001 muss Innensenator Wrocklage, der Caberta bis zuletzt protegiert hat, wegen des Vorwurfs der Parteibuchwirtschaft seinen Hut nehmen.

Caberta bleibt weiterhin auf ihrem sinkenden Schiff. ♦

IMPRESSUM

Published by the Church of Scientology International, 6331 Hollywood Blvd., Suite 1200 L.A., California 90028-6329, USA
Editor in Chief: Gail Armstrong Church of Scientology International, 6331 Hollywood Blvd., Suite 1200, L.A., California 90028-6329, USA
Responsible Editor for Germany: Sabine Weber, Beichstraße 12, D-80802 München
Published in Los Angeles, California, USA
Printed by Tono Grafisk, Vedlangebro 1, 2300 Copenhagen S, Denmark
Correspondents:
Austria: Andreas Böck, Senefeldergasse 11/5, 1100 Vienna, Austria
Switzerland: Jürg Stettler, Freilagerstraße 11, CH-8047 Zürich

Herausgegeben von:

Church of Scientology International
6331 Hollywood Blvd., Suite 1200
L.A., Kalifornien 90028-6329, USA
Verantwortlicher Redakteur: Gail Armstrong
Church of Scientology International,
6331 Hollywood Blvd, Suite 1200,
L.A., Kalifornien 90028-6329, USA
Verantwortlicher Redakteur im deutschsprachigen Raum: Sabine Weber,
Beichstraße 12, 80802 München
Erscheinungsort:
Los Angeles, Kalifornien, USA
Druck: Tono Grafisk, Vedlangebro 1,
DK-2300 Kopenhagen S
Auslandskorrespondenten:
Österreich: Andreas Böck
Senefeldergasse 11/5, A-1100 Wien
Schweiz: Jürg Stettler
Freilagerstraße 11, CH-8047 Zürich

© 2001 Church of Scientology International - Alle Rechte vorbehalten. Scientology ist eine geschützte Marke im Besitz des Religious Technology Center u. wird mit dessen Erlaubnis benutzt.

Sie sind jederzeit herzlich willkommen!

Scientology Kirchen sind täglich von 9³⁰ bis 22⁰⁰ Uhr geöffnet. Zu unseren Sonntagsandachten sind Interessierte aller Konfessionen herzlich eingeladen.

Kostenlose Information!

Im folgenden finden Sie eine Auswahl von Broschüren, die wir Ihnen auf Anfrage gerne kostenlos zuschicken:

- **Der Weg zu einem Leben ohne Drogen** — Wie Drogen, Psychopharmaka und Umweltschadstoffe Ihr Leben beeinflussen
- **Scientology** — Studie von Régis Dericquebourg, Professor für Religionssoziologie an der Universität Lille, Frankreich
- **Der Weg zum Glücklichein** — Ein religionsunabhängiger Moralkodex mit 21 Grundregeln für ein besseres Zusammenleben mit anderen und für ein glücklicheres Leben
- **Wiederherstellung und Schutz der Religionsfreiheit** — Wissenswertes zu einem der grundlegendsten Menschenrechte und wie Sie es schützen können
- **Vom Rechtsstaat zur Inquisition** — Methodik und Hintergründe der staatlich und amtskirchlich geleiteten Diffamierungskampagne gegen Minderheitsreligionen
- **L. Ron Hubbard: Ein Porträt** — Über den Gründer der Scientology-Religion, sein Leben und sein Werk

Senden Sie den ausgefüllten Coupon an SKD e.V., Beichstraße 12, 80802 München oder rufen sie uns an 089/27 81 77 32.

Auch andere kostenlose Publikationen können Sie telefonisch oder per Fax anfordern.

INTERNET SITES

Auf folgenden Internet Sites finden Sie Informationen über Scientology in den Sprachen Deutsch, Englisch, Französisch und Spanisch:

www.ironhubbard.org
www.dianetics.org
www.scientology.org
www.scientology.org/ger/scnhome.htm
www.menschenrechtsbuero.de
www.thinkclearly.org (nur Englisch)
email: webmaster@scientology.org
email: SKDeV@menschenrechtsbuero.de

